



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART

Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 20 63-691  
Telefax (0711) 20 63-660  
boris.palmer@gruene.de  
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 04.12.01

### **PISA zeigt soziale Schieflage auf - Hauptschulen brauchen besondere Förderung.**

*Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Ergebnisse der PISA-Studie fordert der Tübinger Grünenabgeordnete Boris Palmer mehr Aufmerksamkeit für die Hauptschulen.*

Der OECD-Bildungsvergleich PISA hat besonders große Schwächen des deutschen Schulwesens bei der Förderung von Kindern der sozialen Unterschichten und der Einwanderer gezeigt. Deutschland liegt hier abgeschlagen auf dem viertletzten Platz, die Gruppe der leistungsschwächsten Schüler ist mit 22% besonders groß.

Der Grüne Landtagsabgeordnete sieht deshalb die Landesregierung in besonderer Weise gefordert, die Bedingungen an den Hauptschulen zu verbessern: „An den Hauptschulen mit ihrem hohem Anteil an Ausländer- und Unterschichtkindern wird der größte Teil der sozialen Integrationsarbeit geleistet. Dies wird bislang weder finanziell noch ideell ausreichend gewürdigt.“

Vor wenigen Tagen war Palmer zu einem dreistündigen Informationsgespräch in der Tübinger Mörikeschule zu Gast. Rektor Wirsching und Junglehrer Marc Kleinknecht erläuterten Palmer die prekäre Lage der Tübinger Hauptschulen. In der Unistadt ist die Übergangsquote aufs Gymnasium mit fast zwei Dritteln sehr hoch, nur 15% wechseln auf die Hauptschule. Entsprechend zugespitzt ist die Situation: Die Hauptschulen in Tübingen sind soziale Brennpunkte.

Für Palmer ist nach dem Besuch klar, dass die Tübinger Hauptschulen mehr Förderung benötigen: „Der Klassenteiler in Brennpunktschulen muss deutlich abgesenkt werden. Ziel sollten Klassen mit nicht mehr als 16 Schülern sein. Wenn 70% der Kinder nichtdeutsche Eltern haben, kann man keine 33er-Klassen unterrichten. Das Land muss die dafür nötigen Lehrerstellen schaffen. Es darf nicht dabei bleiben, dass soziale Selektion ein Markenzeichen des hiesigen Bildungssystems ist.“

Notwendig ist für Palmer auch eine bessere Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer: „Hauptschullehrer leisten nicht weniger als Gymnasiallehrer. Das sollte durch eine Höherstufung für Lehrkräfte von A12 nach A13 endlich anerkannt werden.“ Diese Gehaltsaufbesserung würde etwa 500 DM im Monat ausmachen.

PISA hat auch zutage gefördert, dass Länder mit Ganztageschulen tendenziell besserer Ergebnisse - gerade bei schwachen Schülern - erzielen. Dem muss das Land, aber auch die Stadt entsprechen. Palmer: „Ich appelliere an die Fraktionen des Tübinger Gemeinderats, der Mörikeschule im Rahmen der Haushaltsberatungen den notwendigen Raum zur Einrichtung eines Ganztagesangebots zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung muss den Aufbau von Ganztageschulen dringend beschleunigen.“

Der Landkreis sollte nach Palmers Ansicht dringend seine Unterbringungspolitik für Aussiedler überdenken. „Durch die Ghettoisierung der letzten Jahre sind erhebliche soziale Probleme entstanden, die nun an den Hauptschulen auszubaden sind. Mit der avisierten Lösung in Weilheim ist keine Besserung zu erwarten. Benötigt wird ein dezentrales Unterbringungskonzept.“ Etwa 35% der Mörikeschüler sind Aussiedlerkinder.

Schließlich sieht Palmer auch die Wirtschaft in der Pflicht. Rektor Wirsching berichtete Palmer von einem Unterstützungsaufwurf, der an über 100 Unternehmen verschickt wurde und ohne jede Resonanz blieb. Während Gymnasien leicht an Sachspenden, zum Beispiel Computer, gelangten, sei dies für Hauptschulen fast unmöglich. Palmer: „Die Hauptschule wird bislang stiefväterlich behandelt. Die Kosten der Vernachlässigung der schwachen Schüler sind langfristig höher als heutige Anstrengungen zur Verbesserung der Lernsituation. Es wäre schön, wenn die Hauptschulen ähnlich wie die Gymnasien von der Wirtschaft unterstützt würden.“

Die PISA-Studie, so Palmer abschließend, müsse Anlass sein, „das andere Tübingen“ zur Kenntnis zu nehmen: „Tübingen ist nicht nur Universität. Hier leben jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten, die besondere Förderung benötigen. Dass muss ins Bewusstsein aller politischen Ebenen eindringen.“ Im Landtag regen die Grünen die Einsetzung einer Enquetekommission zur gründlichen Erforschung der notwendigen Reformen im Bildungssystem an.